FRIEDENS JOURNAL

Frieden braucht Bewegung

- Mali: Schon wieder Verteidigung unserer Freiheit
- SiKo München: Neue Transatlantische Herzlichkeit
- Computergesteuerte Tötungsmaschinen für die Bundeswehr
- Augsburg: Friedensstadt benötigt die Rüstungskonversion
- Was treibt die Bundeswehr an Schulen?
- „Aneinander vorbei...“ - Friedensbewegte Migranten in Deutschland

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

März - April 2013/Nr. 2

Inhalt

SCHWERPUNKT / THEMA

Mali: Schon wieder Verteidigung unserer Freiheit 3

SiKo München: Neue transatlantische Herzlichkeit 6

INTERVIEW

Computergesteuerte Tötungsmaschinen für die Bundeswehr 8

FRIEDENSBEWEGUNG

Augsburg: Friedensstadt benötigt die Rüstungskonversion 10

Was treibt die Bundeswehr an Schulen? 12

„Aneinander vorbei..“ - Friedensbewegte Migranten in Deutschland 14

RUBRIKEN

Unsere Freiheit in Mali verteidigen 4

„Mali braucht die Dekolonialisierung“ 5

Arbeitskreis Rüstungskonversion 11

Die Zivilklausel-Bewegung treibt Früchte 13

Friedensnetz Baden-Württemberg 16

BILDNACHWEIS

Seite 1: Dominik Thomas Butzmann (www.aufschrei-waffenhandel.de)

Seite 6: Flickr

Seite 14 und 15: Dominik Bund

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 03.03.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am: 11.05.2013

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp,

V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Frieden braucht Bewegung

Liebe LeserInnen und Leser,

Am 15.2.2003 demonstrierten Millionen Menschen weltweit – allein ca. 500.000 Menschen in Berlin – gegen den damals drohenden Irak-Krieg.

Heute ist die Fähigkeit der Friedensbewegung, Massen zu mobilisieren, beklagenswert schwach entwickelt. Erklärungsansätze hierfür gibt es viele. Ein wesentlicher Punkt ist sicherlich, dass wir heute im Unterschied zur Situation vor 10 Jahren und ebenso wie bei den Massenprotesten gegen die Stationierung US-amerikanischer Atomraketen in Deutschland Anfang der 80er Jahre nicht auf ein bestimmtes Thema, sondern auf zahlreiche Aktionsfelder ausgerichtet sind, die sehr viele gesellschaftlichen Brennpunkte aufgreifen. Militarisierung nach innen und außen sowie Kriegsdrohungen und Kriegsführung an verschiedenen Brennpunkten weltweit erfordern für uns, mit unterschiedlichen Bündnis-Konstellationen aktiv zu werden.

Auch „kleinere“ Aktionen, wie z.B. das auf der Titelseite dargestellte Aufstellen einer (unverknoteten) Pistolen-Skulptur vor dem Bundeskanzleramt am 26.2.2013 – zum Protest gegen die wachsenden deutschen Rüstungsexporte – haben deshalb einen hohen Stellenwert.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat – wie in der letzten Ausgabe abgedruckt – für dieses Jahr insgesamt 15 Punkte als Handlungsfelder aufgeführt, mehr als je zuvor. Mangelnde Aufmerksamkeit z.B. in Bezug auf den Widerstand gegen die Kriege in Afghanistan und Syrien zu beklagen, ist zwar verständlich, greift deshalb aber auch zu kurz.

Aktuell werden die beiden genannten Kriegsschauplätze „verdrängt“ durch den Krieg in Mali, der zwar „nur“ als militärischer Einsatz Frankreichs begonnen hat, wo aber von Anfang an in Berlin ein Scharren mit den Hufen zu vernehmen war – schließlich gilt heute die Devise: Nie wieder Krieg ohne Deutschland. Werner Ruf erläutert in seinem Beitrag die geostrategischen Hintergründe dieses neuen Kriegsschauplatzes.

Neben neuen und bereits vorhandenen Kriegsschauplätzen verlangen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung von uns ein besonderes Augenmerk. Hier ist in erster Linie die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen zu sehen. Über die Nutzung von Kampfdrohnen an vorhandenen Kriegsschauplätzen haben wir im Friedensjournal bereits wiederholt berichtet. Für diese Ausgabe haben wir die Bundestagsabgeordnete Inge Höger dazu befragt, wie sie die vorhandenen Aktivitäten hiergegen auf parlamentarischer Ebene einschätzt und wie dieses zur Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes beitragen kann. Mittlerweile gibt es hierzu bundesweit vernetzte Aktivitäten gegen (Kampf-)Drohnen.

Der Kampf um Programme zur Konversion von Rüstungsproduktion erhält neuerdings wieder mehr Dynamik, wozu sicherlich die „Erfolgsmeldungen“ der deutschen Rüstungsindustrie bei Waffenexporten beigetragen haben. In dem Beitrag von Peter Feininger aus der „Friedensstadt“ Augsburg wird geschildert, wie dort das Thema aus den Rüstungsbetrieben heraus in den kommunalen Diskurs gebracht wird - ein sicherlich interessanter Ansatz auch für andere Städte, in denen die Rüstungsproduktion scheinbar oder tatsächlich als Arbeitsplatzargument eine Rolle spielt.

In Bezug auf die Vielfalt der Friedensbewegung ist derzeit vor allem der Widerstand gegen das Eindringen der Bundeswehr in den Bildungsbereich relevant. Bedingt durch die föderalen Strukturen im Bildungswesen ergeben sich hier in jedem Bundesland unterschiedliche Herangehensweisen. Jochen Nagel und Tony Schwarz von der GEW Hessen geben hierzu einen guten Überblick.

Bisher von der Friedensbewegung leider wenig beachtet wurde das Engagement der in Deutschland lebenden MigrantInnen. Völlig zu Unrecht, betrifft doch das Engagement der vor allem aus dem Nahen Osten stammenden Menschen hier in Deutschland die Haupt-Krisenregion dieser Welt. Murat Cakir plädiert in seinem Beitrag für einen engen Schulterschluss mit den hier lebenden Kurden, die sehr engagiert für eine Friedenslösung in ihrer Heimat kämpfen. Die offizielle Diffamierung der PKK als terroristisch führt leider zu einer Ausgrenzung, deren Überwindung auch die Friedensbewegung als Ganzes erheblich stärken kann. Die anstehenden Ostermärsche sind dazu eine gute Gelegenheit.

Die Redaktion

Mali: Schon wieder Verteidigung unserer Freiheit

von Werner Ruf, emer. Professor für internationale Politik, Edermünde

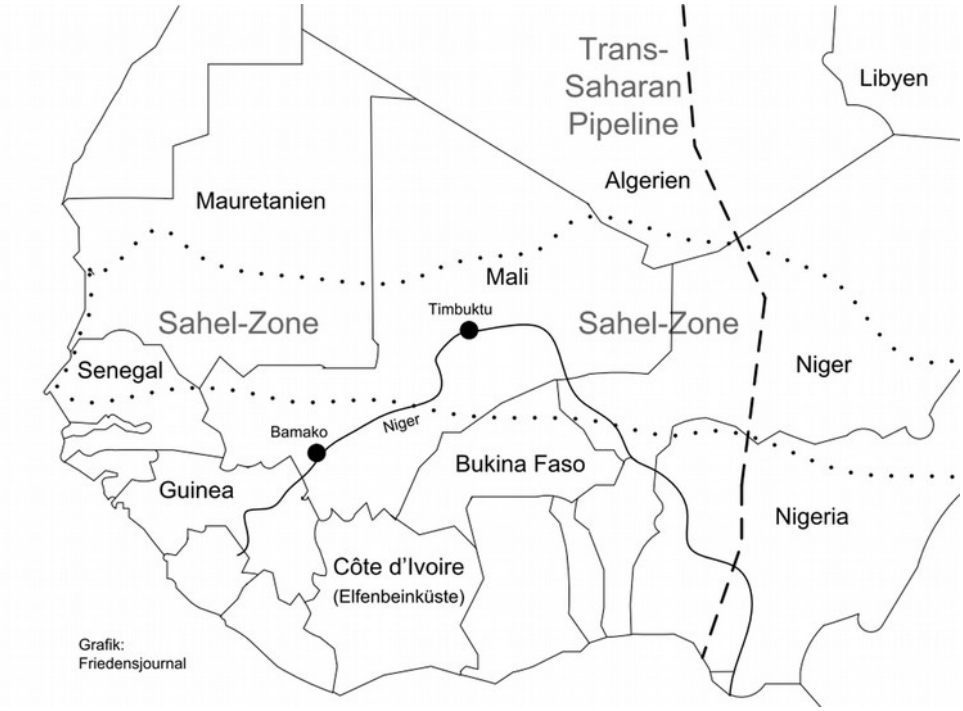
Äußerungen aus dem Regierungs- und Oppositionslager sowie zahlreiche Kommentare und Leitartikel aus den Meinungsmedien zur Situation in Mali lassen den Eindruck entstehen, als käme die „internationale Gemeinschaft“ gar nicht daran vorbei, militärisch zu intervenieren. Und dies vornehmlich aus zwei Gründen: Erstens gehe es darum, den Zerfall des Staates Mali zu verhindern, damit sich dort keine „islamistischen“ Terrororganisationen einnisten; zweitens müsse der zu befürchtende Export terroristischer Aktionen über die Grenzen Malis und Afrikas hinaus verhindert werden. Der Komplexität der gesellschaftlichen und politischen Konfliktlinien in und um Mali wird diese Argumentation keinesfalls gerecht: Es geht dort um mehr als um den Maghreb-Ableger von Al Kaida oder um Drogen- und Waffenschmuggel. Der von Frankreich eingeschlagene Weg der kriegerischen „Stabilisierung“ Malis wird aller Voraussicht nach das Gegenteil dessen bewirken, was offiziell als Ziel ausgegeben wird. Und er trägt die Handschrift imperialistischer Politik einer altgedienten Kolonialmacht, die ihre ehemaligen Kolonien in Westafrika stets fest im Griff hat.

Ausgewählte Länder im Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen (UNDP),
Stand 2011

64. Libyen
96. Algerien
156. Nigeria
155. Senegal
159. Mauretanien
172. Afghanistan
175. Mali
178. Guinea
181. Burkina Faso
186. Niger

Quelle: Wikipedia

Da hat Frankreich gerade seine Truppen aus Afghanistan zurückgezogen – und beginnt nun in Mali einen Krieg zur „Bekämpfung des Terrorismus“, dessen Begründung fast wortgleich jener gleicht, die die USA und die NATO für ihren verlorenen Krieg in Afghanistan verbreitet hatten.



Westafrika: Rohstoffe und Energieressourcen

Gelänge es den Banden, die wohl auch den Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako planten, sich in Mali fest zu etablieren, könnten sie tatsächlich die Kontrolle über die gigantischen Energieressourcen der ganzen Region erlangen: In jüngster Zeit wurden im Raum von Mauretanien bis Niger große neue Öl- und Gasfelder entdeckt, an deren Ausbeutung vor allem die französische Total, die italienische ENI und die algerische SONATRACH (unter den weltgrößten Energiekonzernen auf Platz elf) beteiligt sind.

In Mali selbst gibt es Gold, Diamanten und Phosphat. Letzteres wird immer wichtiger für die weltweite Düngemittelproduktion. Und es gibt Hinweise auf erhebliche Öl- und Gasreserven sowie auf Vorkommen von Uran in der Region um Kidal. Damit schließt sich der Kreis: Wie in Mali, so gibt es in Niger ein Tuareg-Problem – und im ganzen Raum agieren AQMI & Co. Niger aber ist der drittgrößte Uranproduzent der Welt, Frankreichs über 80 Atomkraftwerke beziehen 70 Prozent ihres Brennstoffs aus Niger. Ausgebeutet wird das Uran unter unsäglichen Bedingungen für Mensch und Umwelt von dem halbstaatlichen französischen Unternehmen Areva, das sich auf seiner Homepage »größter Atomanlagenbauer der Welt« nennt.

Von Nigeria durch Niger und Algerien wird für ca. 40 Mrd. US$ die riesige fast 4000 Kilometer lange Transsahara-Gas-Pipeline gebaut, die, finanziert von SONATRACH und Gazprom, von Nigeria zur algerischen Mittelmeerküste geführt wird. Der Sahel, und in seinem Zentrum Mali, ist daher von herausragender Bedeutung, zumal inzwischen auch China begonnen hat, in Niger Uran abzubauen: Die derzeitigen Geostrategien richten sich nicht nur auf die Kontrolle der Rohstoffe und ihrer Transportwege, sondern auch auf die Kontrolle der Fördergebiete und Transportwege der konkurrierenden Mächte.

Seit bald zwanzig Jahren ist die Sahel-Zone ein Unruhegebiet als Folge der (klima-bedingten) Dürrekatastrophe, die die Viehherden der Nomadenvölker vernichtet hat. Besonders betroffen davon sind die Tuareg-Stämme, die nie einen eigenen Staat erhielten, sondern aufgrund willkürlicher Grenzziehung durch den französischen Kolonialismus auf die Staaten Algerien, Libyen, Niger, Mali und Burkina Faso verteilt leben. Ihre Aufstän-

de wurden in den letzten zwanzig Jahren immer heftiger.

Unsere Freiheit in Mali verteidigen

Außenminister Westerwelle in der Bundestagsdebatte über den Mali-Einsatz:

Wir als Europäer sind betroffen, weil der Norden Malis eine Staatsgrenze vom Mittelmeer entfernt ist. Wir können nicht zusehen, wie im Norden Malis ein sicherer Hafen für den Terrorismus gebaut wird, der dann wiederum auch für uns eine Bedrohung in unserem eigenen Land in Mitteleuropa bedeutete. Dies ist der eigentliche Grund für das Mandat, und das müssen wir auch unseren Bürgerinnen und Bürgern sagen. Wir helfen also nicht nur altruistisch Menschen vor Ort – das tun wir auch –, sondern in einer zusammenwachsenden Welt geht es auch darum – vor allen Dingen das müssen wir unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern sagen –, unsere Freiheit, unsere offene Gesellschaft und die Art, wie wir in Europa leben, zu verteidigen.

Quelle: Deutscher Bundestag Plenarprotokoll 17/221 vom 20.02.13

„Islamistische Terroristen“ - seit mehr als 10 Jahren

Die nun beschworenen „islamistischen Terroristen“ kontrollieren seit mehr als zehn Jahren den Rauschgiftschmuggel, der von Kolumbien über Westafrika und die Sahara nach Europa fließt. Sie alimentieren sich durch Kontrolle und Erpressung der Migranten, die von Schwarzafrika ans Mittelmeer streben und aus vielfältigen Entführungen von Technikern vor allem des französischen Atomkonzerns Areva und von diversen Geheimdienst-Agenten, die in der Region aktiv sind. Die bekannteste Gruppe, die sich jetzt Al Kaida im Islamischen Maghreb nennt, wurde erstmals bekannt als GSPC (Groupe Salafiste de Prédication et de Combat), die 2003 für 32 entführte europäische Touristen 15 Mio. Lösegeld kassierte. Sie wurde schon damals an der langen Leine des algerischen Geheimdienstes geführt – das dürfte bis heute gelten. Es war diese Gruppe, die von den USA zum Anlass genommen worden war, um 2007 ein Regionalkommando für Afrika (African Command, kurz: Africom) aufzustellen, dessen Hauptaufgabe die Bekämpfung des (islamischen) Terrorismus in Afrika sein sollte.

In Mali rächt sich nun der vor allem von Frankreich voran getriebene Krieg in Libyen mit dem Ziel des Sturzes von Mu’ammar Qaddhafi: Der Sahel ist überschwemmt mit teils hoch modernen Waffen, die nach der Zerstörung der Staatlichkeit Libyens in die Hände zahlreicher Banden gerieten, darunter auch Tuareg-Stämme, die für Qaddhafi gekämpft hatten. Ihre Rebellion gegen die Zentralregierung in der malischen Hauptstadt Bamako und die Ausrufung eines „unabhängigen Staates Awazad“ – eines Staates der Tuareg schien für Frankreich wie die Mehrzahl der Sahel-Staaten auf den ersten Blick eine Bedrohung sein, scheint sie doch die kolonial etablierte „Ordnung“ zu gefährden. Mittlerweise ist aber bekannt, dass die kleine Tuareg-Gruppe MNLA (Bewegung für die Befreiung von Azawad, wie die Tuareg ihr Gebiet nennen) vom französischen Geheimdienst aufgebaut und gefördert wurde: Das Chaos in Mali – ein willkommener Anlass zur `“Wiederherstellung der Ordnung“?

Areva-Konzern: Herrscher über Nigers Uranvorräte

Es geht also nicht primär um Mali, sondern vor allem auch um das benachbarte Niger und den Nuklearkonzern Areva. Auch das Frankreich des sozialistischen Präsidenten Hollande erweist sich so als Schützer der Interessen jener Konzerne, die auch 50 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit die ehemaligen Kolonien fest im Griff haben.

Dieser nun französische „Krieg gegen den Terror“ entpuppt sich also als Krieg zur Wahrung von Interessen. Ihn militärisch zu gewinnen, dürfte noch schwieriger sein als in Afghanistan: Der Raum ist wesentlich größer als Afghanistan, das Gelände, den Aufständischen bestens bekannt, noch schwieriger. Geradezu ironisch erscheint die Zurückhaltung der USA, die sich mit ihrem eigens dafür geschaffenen Instrument, Africom, an diesem Krieg nicht beteiligen. Anders scheint es in der EU zu sein, in der nicht nur Frankreich erheblichen Einfluss hat, sondern wo auch unter deutschen „Verteidigungspolitikern“ schon mit den Hufen gescharrt wird, um aus Frankreichs Krieg ein Unternehmen der EU zu machen – mit dem Ziel, die Rolle des deutschen Militärs auch weltweit voranzutreiben. Ernst zu nehmen ist die Drohung einer der Gruppierungen des Sahel, der „Bewegung für Einheit und Djhad in Westafrika“, die bereits Terroranschläge in Frankreich angekündigt hat: In der Folge der Kolonisation lebt eine Vielzahl von Menschen aus dieser Region in Frankreich. Der „Krieg gegen den Terror“, der in Wirklichkeit wirtschaftliche Interessen verfolgt, wird Krieg und Terror auch nach Frankreich und Europa bringen!

Schlussfolgerungen

1. Die ersten Aktionen der französischen Armee zeigen bereits, dass sich in Mali ein veritabler Luftkrieg mit all seinen Begleiterscheinungen wie Flächenbombardements, Zerstörungen und zahlreichen zivilen Opfern zu entwickeln beginnt. Es erweist sich als reine Propaganda des französischen Präsidenten, dass die Militäroffensive binnen einer Woche dazu führen könnte, die avisierten 3.300 Soldaten der ECOWAS-Staaten ins Land zu holen, damit diese die „Rückeroberung“ des nördlichen Landesteils (immerhin ein Gebiet von der Größe Frankreichs und Spaniens zusammen genommen!) bewerkstelligen würden. Viel eher ist eine Ausweitung der Kampftätigkeiten auch im Süden Malis, in den angrenzenden Ländern Niger, Mauretanien, aber auch in Algerien und Burkina Faso zu erwarten. Bereits jetzt greift der „Terrorismus“ auch auf Nigeria über. Wenn der französische Verteidigungsminister nun (FAZ 27. Februar 2013) von einer „langen Endphase“ des Krieges spricht, könnte damit sehr wohl die gerade beginnende Anfangsphase gemeint sein!

2. Der „Krieg gegen den Terror“, den die USA 2001 in Afghanistan begannen und 2003 gegen Irak fortsetzten und der 2011 als NATO-Krieg gegen das Qaddhafi-Regime in Libyen geführt wurde, hat bisher in keinem Fall zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Afghanistan ist nach 11 Jahren Krieg ein Desaster, Irak gründlich

destabilisiert und in Libyen sind Kräfte an die Macht gespült worden, die dem salafistischen Islam näher stehen als der westlichen Kriegsallianz. Eine ausländische Intervention in Mali wird keine anderen Ergebnisse zeitigen: Im schlimmsten Fall werden nicht nur Mali, sondern auch die angrenzenden Staaten destabilisiert. Der Antiterrorkrieg wird auch in dieser Region zu einer Schwächung staatlicher Strukturen bis hin zu deren Verfall und zur Vervielfachung und Stärkung der terroristischen Organisationen beitragen.

3. Frankreich wird – selbst wenn kurzfristige militärische Erfolge möglich erscheinen - über kurz oder lang in seine historische Rolle als Kolonialmacht zurückfallen, die in ihrer Einflusszone die Kontrolle über die wichtigsten Rohstoffquellen und Transportwege beibehalten oder wieder gewinnen will – nötigenfalls mit Hilfe des Militärs.

4. Eines der Hauptargumente, die heute von der politischen Klasse bemüht werden, um ein energisches Eingreifen in Mali zu rechtfertigen, lautet: Al Kaida und seine Ableger in Nordafrika und der Sahelzone müssen militärisch bezwungen werden, damit sie sich nicht über den Mittelmeerraum bis in die Europäische Union hinein ausbreiten und hier ihre Terroraktivitäten entfalten. Doch genau das wird die Folge des militärischen Eingreifens sein – nicht nur in Frankreich, sondern auch in den Staaten, die Frankreich direkt oder indirekt unterstützen.

Die Alternativen zu diesen Horrorszenarien liegen demnach auf der Hand. Auch mit den Banditen kann verhandelt werden, was ja unter der Hand geschieht, wenn Geiseln frei gekauft werden. Wichtiger wäre eine Entwicklungspolitik, die den Interessen der Bevölkerung Rechnung trägt und vor allem den ökologischen Risiken des Abbaus von Rohstoffen Rechnung trägt und die Erlöse aus dem Geschäft den Menschen in den betroffenen Ländern zugute kommen lässt. Nicht zuletzt muss auch (wieder einmal) die Anerkennung des Prinzips des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen eingefordert werden. Militär ist unfähig, die dem Konflikt zugrunde liegenden sozialen Probleme zu lösen.

„Mali braucht die Dekolonialisierung“

Der Schweizer Soziologe Jean Ziegler ist Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats. Von 2000 bis 2008 war er UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. In seinem jüngsten Buch »Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der Dritten Welt « (C. Bertelsmann, 2012) geht er auch auf die Hintergründe der Krise in Mali ein.

Herr Ziegler, in einer Nachrichtenmeldung hieß es dieser Tage: »Viele Menschen in Mali setzen ihre Hoffnungen in die französische Armee.« Kann der Westen mit der Intervention die Probleme dieses afrikanischen Landes militärisch lösen?

In keiner Weise. Denn der Westen ist der Hauptverantwortliche für diese fürchterliche Situation. Mali ist heute eines der ärmsten Länder der Welt. Aber es hat eben auch unglaubliche Bodenschätze, darunter Uran und Gold. In meinem Buch »Wir lassen sie verhungern« habe ich einige Zahlen genannt: Nur ein Viertel aller malischen Mütter sind imstande, ihre Kinder zu stillen, 62 Prozent der malischen Bevölkerung sind nach Angaben der Welternährungsorganisation schwer und permanent unterernährt. Seit der Kolonisierung ist Mali in der absurden Situation, dass es als großes, mächtiges Bauernland Hunger erleidet. Die Bambara-Kultur und andere Ethnien haben eine lange landwirtschaftliche Tradition. Dennoch musste Mali im vergangenen Jahr 71 Prozent seiner Nahrungsmittel importieren, weil die Regierung wegen der Auslandsverschuldung keine Investitionen in die Subsistenzlandwirtschaft tätigen konnte.

Erklärt sich so die politische Instabilität?

Mali musste vor allem Reis aus Vietnam und den Philippinen importieren. Nun sind die Reispreise wegen der Börsenspekulation mit Grundnahrungsmitteln explodiert. Nach 2009 sind die größten Banken und Hedgefonds auf die Rohstoffbörsen umgestiegen, nachdem sie die Finanzbörsen ruiniert haben. Sie machen seitdem an der Chicago Commodity Stock Exchange und anderen Rohstoffbörsen astronomische Profite auch mit Getreide. In der Folge steigen die Preise. Länder wie Mali können nicht mehr genug Nahrungsmittel importieren. Mehr Menschen sterben.

[…]

Welche Lösungen gibt es für Mali, wie kann das Land aus der Krise herausfinden?

Es gibt im Grunde zwei Stufen der Lösung. Zum einen müsste die westafrikanische ECOWAS-Truppe endlich konstituiert werden und eingreifen. Sie müsste gemeinsam mit der malischen Armee vorgehen, um die Dschihadisten zu verjagen. Präsident Hollande gibt ja an, dass seine Intervention lediglich zum Ziel hatte, den Vormarsch dieser Kräfte zu stoppen, bis die ECOWAS eingreift. Aber dann, und das ist die zweite Stufe, muss die Dekolonisierung vorangetrieben werden – auch von Frankreich. Die Uranvorkommen in Niger und Mali werden vom französischen Staatskonzern AREVA ausgebeutet. Die AREVA ist lebenswichtig für Frankreich, das einen Großteil seiner Elektrizität in Atomkraftwerken produzieren lässt. Der Eingriff von Hollande war auch durch die Bedrohung dieser Versorgung motiviert. Die Beziehung zu den Regierungen in Bamako und (der nigrischen Hauptstadt) Niamey ist eine neokoloniale Ausbeutungsbeziehung. Niger und Mali gehören zu den ärmsten Ländern der Welt und haben zugleich mit die größten Uranvorkommen der Welt. Da müsste es einen absoluten Bruch mit dieser neokolonialen Erbschaft geben. AREVA müsste endlich einen vernünftigen Preis für das Uran zahlen. Dann gäbe es in einem Jahr keinen Hunger mehr, keine Epidemien. Dann würden Mali und Niger ein blühendes Staatswesen

Quelle: neues deutschland, Donnerstag, 24. Januar 2013

SiKo München: Neue Transatlantische Herzlichkeit

von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen

Mehr als 400 „Entscheidungsträger“ aus Politik, Militär und Wirtschaft versammelten sich am ersten Februar-Wochenende 2013 einmal mehr auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz (SiKo). Traditionell fungiert die Konferenz als „Ankerpunkt im politischen Kalender“ und wichtiger Ort für eine „grundlegende sicherheitspolitische Debatte“, wie Verteidigungsminister Thomas de Maizière in seiner Rede die Bedeutung des Treffens hervorhob.

Foto: No-War-Demo während der Sicherheitskonferenz 2013 in München

Grob zusammengefasst bestimmten zwei Schwerpunkte die Konferenz: Einmal war dies der Umgang mit den Konflikten in Syrien und in Mali sowie der Streit um das iranische Atomprogramm. Aufgrund der desaströsen Erfahrungen mit den Interventionen in Afghanistan und im Irak scheint man derzeit gegenüber weiteren Kampfeinsätzen mit umfangreichen Bodentruppen eher vorsichtig zu sein. Das macht allerdings nichts besser, denn weiterhin setzt man alles daran, entweder prowestliche Regierungen an der Macht zu halten (Mali) bzw. missliebige Regierungen zu entfernen (Syrien). Tatsächlich werden vom Westen in immer mehr Ländern Konflikte angezettelt und/oder angeheizt sowie gewaltsam dort interveniert, allerdings setzt man hierfür inzwischen zunehmend auf „indirekte“ Formen der Kriegführung: Luftschläge, vor allem mittels Drohnen, Spezialeinheiten, lokale Stellvertreterarmeen bzw. Guerillakräfte usw.

Der zweite Schwerpunkt der Sicherheitskonferenz lag auf der Frage, wie die USA und die Europäische Union auf den rasanten Machtgewinn verschiedener Staaten, allen voran China, aber auch Russland, Brasilien oder auch Indien reagieren sollen. Hier dominierte der Versuch, die transatlantischen Reihen zu schließen, um sich hierdurch besser gegenüber diesen neuen Rivalen positionieren zu können. Ungeachtet phrasenhafter Versicherungen, man sei an einem kooperativen Verhältnis interessiert, war die Verhärtung der Fronten deutlich spürbar. Die allgemeine konfrontative Stimmung zeigt sich unter anderem daran, dass überall nach Mitteln gesucht wird, um die westliche Position im Gerangel der alten und neuen Großmächte zu verbessern. In diesem Zusammenhang spielte auf der Konferenz vor allem eine neue Öl- und Gasfördertechnik (Fracking) eine wichtige Rolle. Von ihr verspricht man sich, dass sie das machtpolitische Pendel in absehbarer Zeit wieder zugunsten der USA und möglicherweise auch der EU-Staaten zurückschwingen lassen könnte.

Floskeln in Zeiten globaler Veränderungen

Die Sicherheitskonferenz war zwar schon häufig der Ort, an dem vorhandene transatlantische Meinungsverschiedenheiten in aller Öffentlichkeit und Schärfe zutage traten, in der Regel überwiegen dort aber floskelhafte gegenseitig Versicherungen über die alles überragende Bedeutung der amerikanisch-europäischen Beziehungen. Insofern stellen die diesjährigen Treueschwüre eigentlich erst einmal nichts Besonderes dar, wobei allerdings auffiel, dass sie heuer mit besonderer Inbrunst vorgetragen wurden. So konstatierte Wolfgang Ischinger am Tag des Konferenzbeginns in einem Artikel im Handelsblatt (01.02.2013): „Reden amerikanischer Politiker zu den transatlantischen Beziehungen klingen in der letzten Zeit häufig ein bisschen wie der Klassiker von Van Morrison: Have I told you lately that I love you?“

Für diese neue „Transatlantische Herzlichkeit“ gibt es zwei Gründe: Zum einen setzt sich der Machtverlust der USA und der Europäischen Union ungebrochen fort, wie zuletzt im Dezember 2012 der US-Geheimdienstbericht „Global Trends 2030“ nochmals bestätigt hatte. Der Bericht prognostizierte, dass China die USA innerhalb der nächsten 20 Jahre wirtschaftlich überholen und dieser Prozess mit heftigen Konflikten einhergehen werde. Vor diesem Hintergrund liegt es für Washington nahe, das Verhältnis zu Verbündeten mit Blick auf diese neuen Rivalitäten zu verbessern. So versicherte US-Vizepräsident Joseph Biden auf der Sicherheitskonferenz: „Europa bleibt Amerikas unverzichtbarer Partner der ersten Wahl.“

Umgekehrt haben auch die EU-Staaten ein Interesse an einer engen Kooperation mit den USA, ohne die man nur bedingt zu einem „effektiven“ Agieren auf der Weltbühne in der Lage wäre – so zumindest die Einschätzung. Insofern machte sich unter EU-

Entscheidungsträgern merkliche Nervosität breit, als Washington im Januar 2012 die Strategie "Sustaining U.S. Global Leadership" verabschiedete. In ihr wurde eine sich zuvor bereits andeutende Schwerpunktverlagerung der US-Streitkräfte nach Ostasien offiziell bestätigt. Seither wurde die militärische Präsenz nahe Chinas Grenzen u.a. durch die Stationierung von 2500 Marines in Australien, den Ausbau der Militärbasis in Guam oder etwa durch die Verlegung von vier Kriegsschiffen nach Singapur massiv erhöht. Während dies von China als das wahrgenommen wird, was es ist, nämlich ein Versuch, den machtpolitischen Aufstieg des Landes militärisch einzudämmen, sorgen sich die EU-Staaten seither primär darum, an Relevanz für Washington einzubüßen.

Fracking: Neue Energie-Geopolitik?

Ein ganzes Panel widmete man auf der Sicherheitskonferenz dem Fracking. Unter dem Titel „The American Oil & Gas Bonanza: The Changing Geopolitics of Energy" wurden die sicherheitspolitischen und ökonomischen Auswirkungen dieser neuen und hochgradig umweltschädlichen Fördertechnik diskutiert, bei der mit zusätzlichen Chemikalien versetztes Wasser mit hohem Druck in Gestein gepumpt wird, um an die dort lagernden Gas- und Ölvorkommen zu kommen. Diese „Schiefergaswende", so der US-Botschafter in Deutschland, Philip D. Murphy unmittelbar vor der Konferenz, habe das Potenzial, „die Weltkarte der Energieversorgung und Energienachfrage kurz- bis mittelfristig zu ändern." (Die Welt, 01.02.2013) Ähnlich weitreichend beschreibt die New York Times (25.12.2012) die Auswirkungen der neuen Technologie: „Die Schiefergasrevolution wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Plattentektonik der globalen Macht in einer Weise verändern, die für den Westen größtenteils von Vorteil sein und die US-amerikanische Macht und ihren Einfluss in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts stärken wird."

Berichten zufolge sei es den USA hierdurch in der Tat gelungen, die Öl- und Gasförderung massiv zu steigern – spätestens bis 2020 werde man die Fördermenge des aktuellen Spitzenreiters Saudi Arabien übertreffen. Dies habe sowohl erhebliche strategische Folgen als auch – aufgrund der großen Menge an billiger Energie – gravierende ökonomische Auswirkungen: „Demnach sei es möglich, dass die Vereinigten Staaten ihre ökonomische Krise überwänden, dass ihre Abhängigkeit von unsicheren Weltregionen schrumpfe, dass China unter Druck gerate sowie Russland empfindlich geschwächt werde. Entsprechende Überlegungen sind Mitte Januar mittels der Weitergabe eines BND-Papiers an die Medien in die öffentliche Debatte transportiert worden. Sie sind geeignet, den transatlantischen Beziehungen wieder Auftrieb zu verleihen." (German-Foreign-Policy.-com, 01.02.2013)

Zwei wesentliche Fragen wurden auf der Sicherheitskonferenz – und generell in der Debatte um Fracking – aber geflissentlich ausgespart. Einmal geht kaum jemand auf die gravierenden ökologischen Folgen von Fracking ein. Dies betrifft zunächst den Förderprozess selbst, der extrem umweltschädlich ist. So lehnen etwa die deutschen Bundesländer in einer Stellungnahme "insbesondere den Einsatz umwelttoxischer Chemikalien" beim Fracking ab. Die Risiken seien derzeit überhaupt nicht absehbar, deshalb warnte der Bundesrat zudem "vor Gefahren für Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete." Genehmigungen zum Einsatz des Frackings dürften erst erteilt werden, wenn "zweifelsfrei geklärt" sei, dass eine "nachhaltige Veränderung" der Wasserqualität ausgeschlossen sei (Manager Magazin, 03.02.2013).

Dennoch haben sich EU-Länder wie Großbritannien, Polen und die baltischen Staaten bereits für Fracking entschieden, in Frankreich und Deutschland ist die Frage noch nicht entschieden, weshalb EU-Energiekommissar Oettinger unmissverständlich forderte: "Und ich rate Deutschland zur Offenheit." In jedem Fall droht mit Fracking das Ende aller Debatten über eine nachhaltige Energieversorgung: Die potenziellen Folgen für den Klimawandel sind, falls weiter – und sogar noch verstärkt – auf Kohlenwasserstoffenergien gesetzt werden sollte, kaum abzusehen, scheinen aber in der aktuellen Debatte kaum eine Rolle zu spielen: "Durch die Renaissance der fossilen Energieträger kommt dem Klimaschutz, der ohnehin ein Schattendasein in den USA fristet, noch weniger Beachtung zu", so Stormy-Annika Mildner, Energie-Expertin der „Stiftung Wissenschaft und Politik" (Kurier Online, 22.01.2013).

Darüber hinaus stellt sich zweitens noch die Frage nach den strategischen Auswirkungen, sollten die USA mittelfristig tatsächlich vom Ölschluckspecht zum Energieexporteur mutieren. Eine Folge wäre sicher eine erhebliche Schwächung Russlands. Daneben würde der Mittlere Osten in gewisser Weise an Bedeutung verlieren – heftige Konflikte in der Region würden die USA weniger treffen als heute. Allerdings ist die Abhängigkeit der USA von Energieimporten aus dem Mittleren Osten bereits heute deutlich geringer als die der EU-Staaten oder Chinas. Daraus allerdings zu folgern, damit wäre der Weg für die USA endgültig frei, sich aus der Region zurückzuziehen, übersieht das eigentliche Motiv der US-Präsenz, nämlich im extremen Konfliktfall Ländern, die auf diese Vorkommen angewiesen sind, buchstäblich den Saft abdrehen zu können – Stichwort: China.

Indirekt bestätigte dies auch Carlos Pasqual, US-Sonderbeauftragter für Energiefragen, der während des SiKo-Panels versicherte, Fracking werde auf die US-Präsenz in der Region keine Auswirkungen haben: "Das verändert unser Engagement für die globale Sicherheit, den Frieden und die Stabilität im Nahen Osten und für die transatlantischen Beziehungen in keiner Weise." Vor diesem Hintergrund steht sogar zu befürchten, dass militärische US-Eingriffe zur Durchsetzung von Interessen wahrscheinlicher werden könnten, da sie aufgrund der gesunkenen Abhängigkeit von der Region weniger „schmerzlich" wären, zumindest für die USA. So wäre das Risiko eines Angriffes auf den Iran erheblich geringer, da eine Sperrung der Straße von Hormuz die USA weit weniger treffen würde, als es derzeit noch der Fall wäre. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Entspannung des iranisch-amerikanischen Verhältnisses dringend erforderlich. Ob allerdings die Sicherheitskonferenz hier ein Schritt in die richtige Richtung war, ist sehr zweifelhaft.

Weitere Infos unter:
www.imi-online.de

Computergesteuerte Tötungsmaschinen für die Bundeswehr

Interview mit MdB Inge Höger, Abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

FJ: Die Fraktion Die Linke Im Bundestag hat Ende letzten Jahres eine "kleine Anfrage" über die "Integration von schweren Drohnen in den allgemeinen zivilen Luftraum" eingebracht - mit 25 detaillierten Fragen. Die schriftliche Antwort der Bundesregierung vom 21.1.2013 war sehr umfangreich. Wurden dabei aber auch die wirklich wichtigen Fragen beantwortet?

Auf die meisten Fragen hat die Bundesregierung recht umfangreich geantwortet. Am meisten Beachtung fand die Ankündigung, in den nächsten Jahren neue, eigene Kampfdrohnen zu kaufen. Das hat eine Diskussion ausgelöst, die dringend notwendig ist. DIE LINKE hält dieses Vorhaben für äußerst problematisch. Die Möglichkeit, Kampfdrohnen einzusetzen, senkt die Hemmschwelle zur militärischen Gewalt. Als ich das in der Aktuellen Stunde im Plenum sagte, haben mir Abgeordnete der Koalition vorgeworfen, dass ich damit die Soldaten beleidigen würde. Dabei geht es weniger um die Soldaten, denn verantwortlich sind vielmehr die politischen Entscheidungsträger. Man sieht das ganz gut am Beispiel der US-Drohnenangriffe in Pakistan. Laut IPPNW sind dort seit 2011 über 3000 Menschen, darunter Hunderte Zivilisten, auch 200 Kinder, getötet wurden. Ich vermute, die US-Regierung hätte größere Probleme, Bodentruppen nach Pakistan zu schicken. Dann müsste sie vor der eigenen Bevölkerung diesen Einsatz und eventuelle Todesfälle genauer rechtfertigen. Die Anschaffung von Drohnen wirkt also kriegsfördernd und ist keineswegs ethisch so positiv zu bewerten wie es Kriegsminister de Maizière macht. Außerdem warnen Terrorexperten davor, dass der Einsatz von Drohnen die Gefahr von Terrorangriffen in westlichen Staaten erhöht. Wenn sich die lokale Bevölkerung nicht mehr direkt gegen die kriegführende Macht zur Wehr setzen kann, wird es leider Kräfte geben, die sich mit asymmetrischen Mitteln an den Drohneneinsätzen rächen. Es ist unverantwortlich, dass die Bundesregierung mit ihrer Aufrüstungspolitik die Bundesbürger zu Zielen von Terrorangriffen macht.

FJ: Wie steht es um die parallel dazu laufende Debatte um den „zivilen“ Drohneneinsatz für Überwachungszwecke im Inneren? Lässt sich das von den Kampfdrohnen sauber trennen?

In der Kleinen Anfrage ging es auch um zivile Drohnen. Die Bundesregierung will sie zu Überwachungszwecken einsetzen, etwa bei Demonstrationen. Wir Linken stehen dem sehr skeptisch gegenüber, weil wir finden dass dabei Bürgerrechte gefährdet werden. Wir wollen nicht in einem Überwachungsstaat landen.

Bereits heute wird die Grenze zwischen den USA und Mexiko von militärischen Spionagedrohnen überwacht. Es ist zu befürchten, dass auch die EU-Außengrenzen derart abgesichert werden sollen – dabei kommen bereits jetzt ohne Drohnen viele Flüchtlinge ums Leben, wenn sie versuchen, das Mittelmeer zu überqueren. Hier ist es nötig, die Grenzen zu öffnen statt Europa noch weiter abzuriegeln. Gleichzeitig müssen die Fluchtursachen bekämpft werden. Dazu gehört in großem Maße die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vieler Länder des globalen Südens von den reichen Industriestaaten. Diese Abhängigkeit wird aber zurzeit eher verstärkt, etwa durch den Kriegseinsatz in Mali, wo die USA ja auch Drohnen einsetzen wollen. Drohnen sind also Teil des Problems, nicht Teil der Lösung.

Die Antwort auf unsere Kleine Anfrage macht deutlich, dass der Unterschied zwischen zivilen und bewaffneten Drohnen künftig obsolet ist. Denn die Bundesregierung kündigt an, dass sogenannte militärische Aufklärungsdrohnen so ausgestattet werden sollen, dass sie später ganz einfach bewaffnet werden können. Potenziell soll also jede Bundeswehr-Drohne das Zeug zur bewaffneten Kampfdrohne haben.

Die Bundesregierung teilt mit, dass die Bundeswehr derzeit etwa 60 unbewaffnete Drohnen einsetzt, und zwar in Afghanistan und im Kosovo. Welche Drohnen wo genau im Einsatz sind, will uns die Regierung allerdings nicht verraten.

FJ: Auf Veranlassung Ihrer Fraktion wurde die Thematik am 31.1. in einer aktuellen Stunde im Bundestag behandelt. Kritik an der geplanten Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr gibt es wohl auch bei anderen Parteien im Bundestag. Auch der FDP-Innen- und Rechtspolitiker Hartfrid Wolff äußerte sich kürzlich dazu kritisch. Wie weitgehend ist denn diese Kritik? Nur ein Strohfeuer?

Die Kritik von Herrn Wolff blieb leider bisher folgenlos, denn die FDP trägt als Regierungspartei die Aufrüstungspolitik von Schwarz-Gelb mit. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Rainer Stinner, lässt kein Mikro aus, um zu betonen, wie wichtig er die Anschaffung von Drohnen findet. Sollte es hier zu einem Umdenken kommen, würde ich das natürlich sehr begrüßen. Herr Wolff, der sich kritisch gegenüber Drohnen geäußert hat, sitzt ja im Innenausschuss, der nicht über die Beschaffungen von Drohnen entscheidet.

FJ: Die geplante Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr bedeutet zunächst: Waffenimport. Wecken Kampfdrohnen aber nicht auch Begehrlichkeiten in der deutschen Rüstungsindustrie in Bezug auf eigens für sie zugeschnittene Rüstungsprogramme?

Es ist ganz klar, dass hier eine neue Rüstungsspirale losgetreten wird. Natürlich wird da auch die deutsche Rüstungsindustrie nicht außen vor bleiben wollen. Es gibt da bereits Diskussionen im Verteidigungsausschuss, dass die deutsche Rüstungsindustrie eigene Drohnen entwickeln solle. Im neusten Bericht des Friedensinstitutes SIPRI steht, dass zuletzt deutsche Rüstungsfirmen einen Umsatzzuwachs von 1,3 Mrd. US-Dollar zu verzeichnen hatten.

In einer Pressemitteilung vom 25.1.2013 haben Sie darauf hingewiesen, dass sich mittlerweile auch die UNO dieses Themas angenommen hat. Sehen Sie eine reelle Chance, dass auf diesem Weg Schritte für eine weltweite Ächtung voran gebracht werden?

Es ist erfreulich, dass die Vereinten Nationen kürzlich eine umfassende Untersuchung des Einsatzes von Kampfdrohnen eingeleitet haben. Ziel der Linken ist eine völkerrechtlich verbindliche Konvention zum Verbot von Kampfdrohnen. Herstellung und Verkauf militärischer Drohnen müssen darin untersagt werden. Außerdem brauchen wir ein Verbot von Investitionen in die Produktion von Drohnen, ähnlich wie wir es für Streumunition seit Jahren fordern.

Dabei reicht es nicht aus, auf die Vereinten Nationen zu hoffen. Möglichst viele Staaten müssten sich für diese Ächtung stark machen. Und auch die werden das nicht von alleine tun – Druck aus der Bevölkerung ist dafür notwendig.

Um diesen Druck zu erreichen, müssen wir möglichst vielen Menschen klar machen, wie viel Leid Kampfdrohnen bringen. Drohnen-Befürworter behaupten ja, dass diese Geräte zum besseren Schutz der Soldaten und zu einem saubereren Krieg beitragen. Die damit erfolgenden Angriffe sind real und tödlich für die Opfer. Und auch Soldaten am Bildschirm leiden offenbar unter psychischen Belastungen, da aus den USA bereits erste Fälle von posttraumatischen Erkrankungen bei Drohnen-Soldaten bekannt geworden sind.

An parlamentarischen Aktivitäten Ihrer Fraktion fehlt es beim Thema Drohnen damit nun keineswegs. Es hat den Anschein, dass die Thematik Kampfdrohnen mittlerweile auch in großen Teilen der Friedensbewegung als wichtiges und vorrangiges Thema angesehen wird. Wie aber steht es mit dem Schulterschluss zu aktiven Kräften außerhalb des Bundestages aus?

Am Ende des vergangenen Jahres haben Aktive der Friedensbewegung eine Anti-Drohnen-Kampagne ins Leben gerufen. DIE LINKE ist Teil dieser Kampagne. Auf den Ostermärschen wird das Thema Drohnen neben den Auslandseinsätzen mit Sicherheit eine wichtige Rolle spielen. Ich soll auf dem Ostermarsch in Bremen zum Thema Drohnen reden. Es ist ganz klar, dass wir ohne außerparlamentarischen Druck nichts erreichen können. Denn auch SPD und Grüne sind nicht grundsätzlich gegen Drohnen, sie fordern lediglich eine intensivere Diskussion ein. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rainer Arnold hat bereits klar gemacht, dass er die Anschaffung vom Kampfdrohnen grundsätzlich für sinnvoll hält. DIE LINKE hingegen ist das Sprachrohr der Friedensbewegung im Bundestag.

Für viele Menschen ist das Thema Drohnen nur wenig greifbar. Die Empörung entzündet sich oft daran, dass unbemannte Flieger aus Versehen mal eben eine Hochzeitsgesellschaft in Pakistan mit Bomben bewerfen oder ähnliche Tragödien. Hintergrund solcher Attacken sind die sogenannten gezielten Tötungen, die Obama wöchentlich höchst persönlich anordnet. Dabei sollen vermeintliche Terroristen durch Drohnen getötet werden, und zwar ohne Gerichtsbeschluss und unter Verletzung der Souveränität des Einsatz-Landes, z.B. Pakistan. Die Praxis der „gezielten Tötungen“ ist damit eindeutig völkerrechtswidrig. Dem gegenüber hat Minister de Maizière im Bundestag das Konzept der gezielten Tötungen ganz offensiv verteidigt und betont, dass Militärs genau dazu ausgebildet werden. Die berechtigte Empörung über diese kriegerische Haltung muss nun in Protest und Widerstand auch bei uns in Deutschland übergehen. Denn wenn die Regierung ihre Beschaffungspläne wahr macht, dann spielen Deutschland und die EU bald eine ähnlich destruktive Rolle in den internationalen Beziehungen wie es die USA heute schon tun.

Grafik: Logo der bundesweiten Initiative gegen Drohnen, deren erstes Vernetzungstreffen am 2.3.2013 in Hannover stattgefunden hat. Näheres unter: http://fbh.frieden-hannover.de

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Fact-Sheet: Drohnen-Kriege

Die Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) hat zusammen mit der DFG-VK ein 8-seitiges Fact-Sheet über diese Thematik herausgegeben.

Bezugsquellen:
online über
www.imi-online.de/download/Drohnen2012.pdf
oder in gedruckter Form gratis (gegen Porto) bei
material@dfg-vk.de

Inhalt:
- Next Generation Warfare: Eine neue Methode des Tötens
- Gezielte Tötungen
- Der weltweite Rüstungswettlauf für Drohnen
- Was macht Drohnen so attraktiv?
- Untergraben Drohnen die Demokratie?
- Völkerrechtswidrigkeit & Mythos Präzision
- Deutschland und der ISAF-Targeting-Prozess
- Technikfolgenabschätzung – Warum denn so etwas?
- Das EU-Forschungsprojekt INDECT
- Kampf-Drohnen für Deutschland – was den Drohnen-Befürwortern entgegnet werden kann!

Augsburg: Friedensstadt benötigt die Rüstungskonversion

von Peter Feininger, Forum Solidarisches und friedliches Augsburg

Augsburg hat als einzige Stadt weltweit einen eigenen gesetzlichen Feiertag. Am 8. August wird jährlich das Augsburger Hohe Friedensfest gefeiert, zur Erinnerung an den Augsburger Religionsfrieden von 1555. Dieses Alleinstellungsmerkmal ist zugleich auch ein Problem, da "Friedensstadt" damit vor allem über das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen definiert wird. Damit wird der Augsburger Religionsfrieden historisch verbrämt, denn dieser war nämlich gar nicht so friedlich und die Augsburger Parität der beiden großen christlichen Konfessionen, die seit 1649 galt, brachte diesen zwar Gleichberechtigung, aber nur, solange andere ausgeschlossen blieben. Diese Tradition setzt sich bis heute fort, indem das „Hohe Friedensfest“ immer noch exklusive ökumenische Züge hat.

Rüstungs-Umsatz in Mrd. US$ (Quelle: SIPRI)			Veränd. Zu 2010
	2010	2011	
7. EADS (Europa)	16,4	16,4	<1%
26. Rheinmetall	2,7	3	12%
49. ThyssenKrupp	1,3	2,1	55%
54. Krauss-Maffei Wegmann	1,6	1,7	9%
60. Diehl	1,2	1,4	14%

Tabelle: Auszug aus Top-100 Rüstungsproduzenten weltweit (Quelle: www.sipri.org)

Augsburg: Ein Eldorado der Rüstungsindustrie

Die interkulturelle Verständigung mag sehr wichtig sein, suggeriert jedoch, dass die Wurzeln des Unfriedens zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen liegen können. Dabei können der Krieg und die Militarisierung aus dem Blickfeld geraten. Das zeigt bereits ein Blick auf die jüngere Stadtgeschichte: Ein gigantischer Boom der Rüstungsproduktion in der NS-Zeit - vor allem durch den in Augsburg ansässigen Flugzeughersteller Messerschmitt - führte zu Bombardierungen und Zerstörung der Stadt.

Nach Zeiten ziviler Produktion in der Nachkriegszeit wurde der Großraum Augsburg wieder ein Eldorado der Rüstungsindustrie. Was hier an tödlichen Waffen und militärischem Gerät produziert wird, von der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen verwendet wird oder vermehrt auch für die Ruhe an der Heimatfront gedacht ist oder für lukrative Exportgeschäfte in alle Welt dient – all dieses macht den Anspruch als "Friedensstadt" zur Farce.

Ein besonders schreiender Widerspruch ist die – prinzipiell sehr wichtige – Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters im weltweiten Städtebündnis „Mayors for Peace“, das sich für eine atomwaffenfreie Welt bis zum Jahr 2020 einsetzt. Gleichzeitig ist Augsburg Produktionsstandort für den als Nuklearbomber einsetzbaren Tornado IDS.

Natürlich wäre eine Konversion der Rüstungsproduktion in Augsburg ein gewaltiger Strukturbruch bzw. eine nicht unerhebliche Strukturänderung. Aber der Niedergang der Textilindustrie in der Stadt, den der Weltmarkt erzwungen hat, musste und konnte ja auch verkraftet werden.

Rüstungskonversion: Wo kann man ansetzen?

Hier steht natürlich die Frage im Raum, wie man eine solche Konversion bewerkstelligen könnte. Innerbetriebliche Bewegungen oder die Gewerkschaften dürften hierbei zunächst weniger hilfreich sein, denn die Betriebsräte in den entsprechenden Betrieben und damit auch die IG Metall stehen in der Regel zunächst hinter der Rüstungsproduktion um sogenannter Arbeitsplätze willen. Auch die Stadtverwaltung Augsburg und namentlich das Wirtschaftsreferat scheinen bedingungslos hinter den Rüstungskonzernen zu stehen, in der trügerischen Hoffnung, damit eine positive wirtschaftliche Entwicklung im Raum Augsburg zu fördern.

Das Argument mit den Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie ist komplex und meist trügerisch. Die Stilllegung spezifischer Rüstungsproduktion würde die Belegschaften natürlich mit dem Verlust dieser Arbeitsplätze konfrontieren. Aber auch bei zivilen Arbeitsplätzen sind vorausschauende Strukturüberlegungen dringend nötig, wie es sich bei der überraschenden Insolvenz des Druckmaschinenherstellers Manroland mit Sitz in Augsburg gezeigt hat. Die Konsequenzen des stark schrumpfenden Weltmarktes für Druckmaschinen waren schließlich seit Jahren absehbar. Es stünde also ganz generell eine Änderung der Wirtschafts- und Strukturpolitik an, nicht nur für die Rüstungsbranche.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Rüstungsbranche selbst große Stilllegungen verursacht, entweder die Rüstungsunternehmen selbst durch Rationalisierung oder das Verteidigungsministerium. So sieht es zurzeit so aus, dass die Großdrohne Talarion, die EADS/Cassidian in Manching, sicher aber auch ganz wesentlich in Augsburg, bauen will, gestoppt wird, was auch auf den Widerstand des EADS-Beauftragten der IG Metall gestoßen ist. In diesem Zusammenhang war davon die Rede, dass der Stopp dieses Drohnen-Projektes nach sich ziehen würde, dass es künftig keine Entwicklung und Produktion von militärischen Flugzeugen in Deutschland mehr geben werde, was den Verlust von 25.000 Arbeitsplätzen nach sich ziehen würde. Dahinter steht natürlich der Gedanke, dass in Zukunft keine Kampfflugzeuge, sondern nur noch Drohnen und Kampfdrohnen gebaut werden. Das bedeutet, dass wir vielleicht zurzeit an einem historischen Punkt stehen und in Bezug auf die Flugzeugindustrie sich die Chance für eine zivile Wende, eine echte Kursänderung auftut. Ein weiterer Gesichtspunkt ist auch wichtig. Insgesamt soll es sich in der Branche für militärische Flugzeuge nur um 25.000 Arbeitsplätze in Deutschland handeln, was eine vergleichsweise geringe Zahl ist.

Gegen Rüstungsforschung zusammen mit Universität

Die Zivilklauselbewegung an der Universität kam auf, als ruchbar wurde, dass am Rande der Universität ein riesiger Gewerbepark, genannt Innovationspark, entsteht, auf dem auch die Rüstungsindustrie, an der Spitze die militärlastige Luft- und Raumfahrtindustrie, Einzug halten soll. EADS / Premium Aerotec (Eurofighter, Military Airbus A400M, Drohnen), Eurocopter

(Militärhubschrauber), MAN / Renk (Getriebe für Panzer und Fregatten), Kuka Systems und Robotics, SGL Carbon... Diese Konzerne suchen mit der Unterstützung der Stadt und des Landes Bayern die Nähe zur Universität und ihren Forschungsressourcen.Die Militärforschung würde an der Universität und den neuen Instituten von Fraunhofer und DLR offiziell Einzug halten.

Die Auseinandersetzung an der Universität um eine Zivilklausel, mit der jede Zusammenarbeit der Universität mit der Bundeswehr und Forschungsaufträge des Bundesverteidigungsministeriums oder von Rüstungskonzernen ausgeschlossen werden sollen, geht weiter und hat auch schon den Stadtrat erfasst. In Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan eines bei der Universität angesiedelten Innovationsparks - mit starker Beteiligung der Rüstungsindustrie - hat sich das Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung kritisch positioniert und die Stadt aufgefordert, solche Aktivitäten nicht zu fördern.

Die bundesweite Kampagne gegen die Rüstungsexporte Deutschlands ist auch in Augsburg angekommen und spielte zum Beispiel beim letztjährigen Friedensfest eine Rolle: Margot Käßmann predigte und übte öffentlich Kritik an den Rüstungsexporten. Die Ausrichtung des Rahmenprogramms des Friedensfestes durch das städtische Büro für Frieden und Interkultur, unterstützt durch Wissenschaftler der Universität, war ein echtes Novum.

Darüber hinaus gibt es seit einigen Jahren viele kommunale Ansatzpunkte zur inhaltlichen Ausgestaltung des Leitbildes Friedensstadt, teilweise auch in Verbindung mit den universitären Aktivitäten. Die zivilgesellschaftlichen, antimilitaristischen Aktivitäten auf der Ebene der Stadt, von den Ostermärschen, den Friedenskundgebungen und Antikriegsdemonstrationen sowie den jährlich von der Augsburger Friedensinitiative organisierten Friedenswochen im November und den Fahrradtouren der DFG-VK direkt zu den Rüstungsbetrieben seien hier nur am Rande erwähnt.

Konversion als Teil kommunaler Strukturpolitik

Auch heute ginge es darum, Militarismus und Militärproduktion zu ächten. In gewisser Weise geschieht das zurzeit durch die Kampagne gegen die tödlichen Waffenexporte. Man muss von der Stadt verlangen, dass sie keine Militärproduktion fördert – da wäre schon sehr viel gewonnen – und dass sie auch keine Militärforschung fördert, wie sie teilweise im Innovationspark vorgesehen ist. In dieser Hinsicht bräuchte nicht nur die Universität, sondern auch die Stadt eine Zivilklausel.

Zu einem Stadtentwicklungskonzept würde es gehören, eine solche Wirtschaftsstruktur zu erörtern, anzustreben und mit städtischen Mitteln und Einrichtungen zu fördern, die auf Rüstungsproduktion komplett verzichtet. Damit könnte sich die Stadt wirklich mal ein Alleinstellungsmerkmal erobern, das auch bei anderen Kommunen in Deutschland Schule machen könnte. Das wäre durchaus möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre.

Die Bestrebungen der Studenten an der Universität für eine Zivilklausel, die Rüstungsforschung und Militäraufträge an der Universität nicht zulässt, sind ein Gewinn für die städtische Zivilgesellschaft. Die Stadtverwaltung sollte solche Bestrebungen unterstützen oder zumindest beobachten und gegebenenfalls „begleiten“, wie ein Beschluss des Wirtschaftsausschusses vom Februar 2012 lautet.

Es gäbe sehr viele Punkte, die die Stadt unmittelbar angehen könnte. Gerade der Diskurs über ein Stadtentwicklungskonzept und die Planungserörterungen bieten die Chance, dieses schwierige Thema kompetent und realistisch anzugehen, wenn alle dafür infrage kommenden Kräfte, Stellen und Institutionen einbezogen werden.

Auch wenn natürlich die für Rüstungsaufträge und Militär wesentlichen Dinge nicht auf kommunaler Ebene geregelt werden können, sind die Spielräume der Kommune weit größer, als sie genutzt werden. Wenn auf kommunaler Ebene hier in Richtung Pazifismus etwas angeschoben und bewegt werden kann, würde das allerdings bundesweit ausstrahlen und Aufsehen erregen. Auch der Weg, der zu einer Änderung der zentralen Militärpolitik führt, kann auf der örtlichen Ebene beginnen. Da Konversionsdebatten auf betrieblicher Ebene bei den herrschenden Verhältnissen erfahrungsgemäß nicht viel fruchten, ist es umso dringender, die Rüstungskonversion auf kommunaler Ebene anzugehen.

Weitere Infos unter:
www.forumaugsburg.de/
www.friedliche-uni-augsburg.blogspot.de

Rekord bei deutschen Rüstungslieferungen

Deutschland exportiert Waffen und militärisches Know-How in alle Welt. Menschenrechte spielen dabei keine Rolle. Hauptabnehmer ist das autoritär regierte Saudi-Arabien, wodurch die Diskussion über Rüstung und Rüstungsexporte neu entfacht wird.

Da ist es hilfreich, dass der Bundesausschuss Friedensratschlag in seinen Schwerpunkten für die friedenspolitische Arbeit 2013 u.a. ausführt:

„Deutschland ist mittlerweile zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur geworden. Im Angebot der Exporteure des Todes befinden sich "Kleinwaffen" (das sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen moderner Bürgerkriege), Panzer zur Aufstandsbekämpfung, Kriegsschiffe und atomwaffenfähige U-Boote u.v.a.m. Wir fordern ein Verbot jeglichen Rüstungsexports, Auflage eines öffentlichen Konversionsprogramms, das auf ausgearbeitete Konzepte aus der Wissenschaft zurückgreifen kann und die berechtigten Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten berücksichtigt.“

Die Folge war die Gründung eines Arbeitskreises Konversion, die auf eine Initiative von Willi Hoffmeister zurückgeht, der gerne weitere Informationen gibt.

Die Zeiten von Schwertern zu Pflugscharen oder Stahlhelmen zu Kochtöpfen sind vorbei. Hochtechnologie der Rüstungsproduktion kann sinnvoll in der Zivilgüterproduktion Verwendung finden, was allerdings unter den gegebenen Umständen nicht einfach zu vermitteln und zu verwirklichen ist. Viel Informationsarbeit ist nötig, um Ängste um den Arbeitsplatz zu überwinden und realistische Konzepte in die öffentliche Debatte zu bringen. Unser Arbeitskreis hat daher viel zu tun.

Infos unter: willi.hoffmeister@gmx.de

Was treibt die Bundeswehr an Schulen?

von Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen
und Tony Schwarz, Vorsitzender des GEW Bezirksverbandes Südhessen

Mit Auslandseinsätzen z.Z. in Kosovo, der Türkei, Afghanistan, Usbekistan, im Libanon, Djibouti, Kenia, auf den Seychellen, Somalia, Uganda, dem Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo, Darfur und Mali/Senegal entfernt sich die Bundeswehr weiter und weiter von ihrem verfassungsgemäßen Auftrag der Landesverteidigung und entwickelt sich zu einem geopolitischen Akteur, für den der „Schutz" „unserer" Handelswege und Ressourcenzugänge eine nicht mehr zu diskutierende Selbstverständlichkeit ist. Für dieses stetig wachsende Aufgabenfeld benötigt die Bundeswehr gleichermaßen hochqualifizierten Nachwuchs wie auch einen Grundstock an einfachem Fußvolk, auch „Kanonenfutter" genannt.

Hier tut sich jedoch ein Problemfeld auf. Denn während die Auslandseinsätze in der deutschen Bevölkerung ohnehin größtenteils skeptisch gesehen werden und die Akzeptanz nach wie vor nicht hoch ist, bleibt zudem mit der Aussetzung der Wehrpflicht ein großer Teil an personellem Nachwuchs aus, der sich sonst vielfach aus den Reihen der Wehrpflichtigen rekrutiert hatte, von denen nicht wenige beim Bund „hängengeblieben" sind. Hinzu kommt, dass die Bundeswehr als solche bei der jungen Generation zwar größtenteils nicht besonders kritisch gesehen wird, als Arbeitgeber jedoch keinen guten Ruf genießt, da sich viele doch der Gefährlichkeit dieses „Berufes" bewusst sind.

Werbung tut also Not – zum einen für die Bundeswehr als „Arbeitgeber", zum anderen für das weltweite militärische Agieren an sich.

Vielfältige Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen

Folgerichtig ist das Engagement der Bundeswehr im Bildungsbereich, vornehmlich den Schulen, mittlerweile landauf, landab nicht zu übersehen. Tagesausflüge ganzer Klassen in Kasernen und sogar Klassenfahrten werden von ihr organisiert, Jugendoffiziere gestalten Unterrichtsstunden, Werbeanzeigen und redaktionelle Texte werden in Schülerzeitungen wie auch Jugendmagazinen lanciert und an Ausbildungsinformationstagen ist wie selbstverständlich ein Stand der Bundeswehr vor Ort und der zuständige Jugendoffizier lobt dabei die breite Ausbildungspalette seines „weltweit agierenden Konzerns", mit dem man auch „interessante Auslandserfahrungen" (O-Ton) machen könne.

Tatsächlich soll zum einen das Bild eines Großunternehmens vermittelt werden, das breite Ausbildungs- und Karrierechancen bietet, zum anderen wird Abenteuertum und „action" betont: Beim alljährlich an alle Schulen verschickten BW-Preisausschreiben können ganze Klassen z.B. eine Woche bei der Luftwaffe auf Sardinien gewinnen und das „BW-Adventure-Camp" wird unter anderem so beworben: „Eine coole Berghütte der Bundeswehr ist extra für euch reserviert – das klingt nach Party."

Hinzu kommen kostenlose Unterrichtsmaterialien der Reihe „Frieden & Sicherheit" aus dem Universum Verlag (von dem die FDP 50 % der Anteile hält), finanziert von der Bundesregierung. Auch auf der Bildungsmesse didacta ist seit Jahren die Armee ein beständiger Gast und mit einem der größten Messestände überhaupt vertreten. Schließlich erreicht auch das Strategiespiel PoLis jährlich weit über 100.000 Menschen.

Jugendoffiziere – in unseliger Tradition

Bei der Organisation und Durchführung all dieser Maßnahmen kommt den oben bereits erwähnten so genannten Jugendoffizieren eine Schlüsselstellung zu. Diese Abteilung wurde bereits 1958 vom ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, geschaffen. Dieser leitete ab 1940 die Operationsabteilung des Heeres-Generalstabes und war bereits schon 1923 glühender Hitlerverehrer. Erklärtes Ziel bei der Einrichtung der Jugendoffiziere: den Widerstand breiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung gegen eine Remilitarisierung der Gesellschaft durch »intensive Öffentlichkeitsarbeit« auszuhebeln.

Ausgebildet für den »Einsatz in den Schulen« wurden (und werden) die zur Zeit 94 hauptamtlichen und 300 nebenamtlichen Jugendoffiziere an der Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr (AIK) in Strausberg bei Berlin, der Nachfolgeeinrichtung der »Schule für Psychologische Kampfführung/Verteidigung« im nordrhein-westfälischen Waldbröl.

Kooperationsvereinbarungen mit Kultusministerien

Um beim Gang an die Schulen möglichst wenig Widerstand gewärtigen zu müssen, bemühen sich die Jugendoffiziere frühzeitig um enge Kontakte zu den einzelnen Kultusministerien. Vorreiter hierbei war das Bundesland Hessen, wo sich schon 2003 die damalige Kultusministern Wolff (CDU) auf Dienstversammlungen der Schulamtsleitungen für den verstärkten Einsatz von Jugendoffizieren als Referenten an Schulen einsetzte und für die Realisierung eines Internetauftritts derselben auf dem hessischen Bildungsserver verantwortlich war. Frau Wolff erhielt für dieses Engagement am 2. April 2007 die „Ehrenmedaille der Jugendoffiziere".

Andere Bundesländer standen dem nicht lange nach. 2008 besiegelte die nordrhein-westfälische Schulministerin Sommer (CDU) die erste Kooperationsvereinbarung zwischen einem Kultusministerium und der Bundeswehr. Darin festgehalten wird unter anderem:

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung;
- die Möglichkeit der Einbindung von Jugendoffizieren in die Aus-(!) und Fortbildung von Lehrkräften;
- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten der Bundeswehr im Amtsblatt und in den Onlinemedien des Kultusministers
- regelmäßige Gespräche zwischen Jugendoffizieren und den Leitern der Schulabteilungen der Bezirksregierungen.

Die Bundeswehr erhielt somit praktisch exklusiven Zugang zur Lehreraus- und -fortbildung sowie zur politisch-gesellschaftlichen „Bildung“ größter Schülerschichten, ohne, dass diese, der Schulpflicht unterliegend, sich dem ohne Weiteres entziehen könnten.

Mittlerweile existiert in acht Bundesländern eine solche Kooperationsvereinbarung: in NRW, Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen.

Widerstand organisieren und ausbauen

In nahezu allen Ländern, in denen eine solche Vereinbarung geschlossen wurde, hat sich gegen diese auch Widerstand formiert. Die verschiedensten Akteure der Friedensbewegung, kirchliche Kreise, (jugend-)politische Organisationen und die GEW versuchten und versuchen, ihre Antwort auf das massive Vordringen der Bundeswehr in den Bildungsbereich zu finden. Die Heterogenität dieses Widerstandes schlägt sich allerdings auch in der Uneinheitlichkeit des Vorgehens nieder. Grundsätzlicher Streitpunkt ist in der Regel die Frage der Art und Weise des Umganges mit den Kooperationsvereinbarungen selbst. Ein Teil der Organisationen, z.B. das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr“ in Baden-Württemberg, sieht seine Hauptaufgabe darin, politisch darauf hinzuwirken, dass die Kooperationsvereinbarungen generell wieder abgeschafft werden, um der Bundeswehr diesen Exklusivzugang zu Schulen zu verschließen. Das ist keine leichte Aufgabe, wie sich gerade in Baden-Württemberg nun deutlich zeigt, denn auch nach erfolgtem Wahlsieg von rot-grün unternimmt der neue Kultusminister Stoch entgegen anderslautender Aussagen vor der Wahl bis jetzt keine Schritte in diese Richtung.

Teile der Friedensbewegung versuchen einen anderen Weg zu gehen, den sie als pragmatischer empfinden, indem sie versuchen, selbst verstärkt an den Schulen präsent zu sein und sozusagen das Gegenangebot zur Bundeswehr zu stellen. In Rheinland-Pfalz kam es daraufhin bspw. zu einer eigenen Kooperationsvereinbarung von Teilen der Friedensbewegung mit der Landesregierung. Dies stößt jedoch auf erhebliche Kritik, denn es ist klar, dass zwischen Friedensbewegung und Bundeswehr allein aufgrund der Ressourcen (die Bundeswehr hat einen Werbeetat von aktuell über 30 Millionen Euro) kein Gleichgewicht herrschen kann, zumal erstere sich alleine auf ehrenamtlich arbeitende Menschen stützt. So wird diese Vorgehensweise oftmals als „Feigenblatt“ bewertet, welches das Wirken der Bundeswehr an Schulen eher zementiert als bekämpft.

Allerdings verwehrte das FDP-geführte hessische Kultusministerium in 2012 einem Friedensnetzwerk, das dem Beispiel aus Rheinland-Pfalz folgen wollte, den Abschluss einer solchen eigenen Kooperationsvereinbarung unter dem Hinweis, dass die Friedensbewegung sowieso jederzeit an Schulen aktiv werden könne.

Die GEW, die sich auch als Teil der weltweiten Friedensbewegung versteht, engagiert sich in allen Bundesländern gegen diese Kooperationsvereinbarungen und unterstützt die bestehenden Bündnisse bzw. nutzt auch ihre eigenen Möglichkeiten, um KollegInnen, SchülerInnen und auch Eltern auf die Problemlage aufmerksam zu machen. Noch vor Abschluss der Kooperationsvereinbarung in Hessen hat die hessische GEW eine Kampagne gestartet, die Infomaterialien an alle hessischen Schulen brachte. Auch wurde eine Arbeitsgruppe „Antimilitarisierung“ gegründet und in verschiedenen Publikationen immer wieder das weitere Eindringen der Bundeswehr in die Schulen kritisiert.

Die Bundes-GEW hat sich ebenfalls deutlich positioniert, bietet auf ihrer Homepage umfangreiche Infomaterialien an und stellt mit der Broschüre „Einsatz im Klassenzimmer“ eine der umfänglichsten Aufarbeitungen zum Thema zur Verfügung.

Dennoch bleibt weiterhin viel zu tun. Nach wie vor hat die Bundeswehr auf der bedeutendsten deutschen Bildungsmesse, der didacta, einen der größten Stände. Und der von der GEW propagierte und unterstützte Weg, die Bundeswehr relativ einfach per Gesamt- oder Schulkonferenzbeschluss von Aktivitäten an einzelnen Schulen auszuschließen, sind bisher – nach unserer Kenntnis – gerade mal sechs Schulen gegangen: das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin, die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach, die Hulda-Pankok-Gesamtschule in Düsseldorf, die Martin-Buber-Schule in Heppenheim, die Bert-Brecht-Schule in Darmstadt und die August-Sander-Schule in Berlin.

Die Zivilklausel-Bewegung treibt Früchte

Seit vier Jahren gibt es immer mehr studentische Initiativen, Gewerkschaften sowie Friedens- und Wissenschaftsorganisationen, die sich sowohl lokal als auch bundesweit explizit für die Einführung von Zivilklauseln an Hochschulen einsetzen. Zivilklauseln, das sind Selbstverpflichtungen von Hochschulen, Forschung, Lehre und Studium ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke zu betreiben.

Im Januar letzten Jahres wurde eine studentische Urabstimmung an der Uni Frankfurt durchgeführt, bei der sich 76,3 Prozent der Abstimmenden für eine Zivilklausel aussprachen. Allerdings ist diese Abstimmung nicht verpflichtend. Dennoch soll die Selbstverpflichtung auf eine Zivilklausel nun auch in die Grundordnung aufgenommen werden.

Und auch an der Uni Kassel ist schon der erste Schritt in Richtung Zivilklausel vollzogen: Im neuen Orientierungsprofil für Professorinnen und Professoren wird eine Ausrichtung der Tätigkeiten auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke festgeschrieben.

Und auch die Universitätsversammlung an der TU Darmstadt hat in diesem September die Einführung einer Zivilklausel beschlossen. Und dieser Beschluss ist sogar verpflichtend!

Das alles sind konkrete Schritte, um Bundeswehr und Rüstungskonzerne aus den Hochschulen herauszudrängen.

Julian Toewe, AK Zivilklausel Frankfurt a.M.,
junge GEW Hessen, DFG-VK Frankfurt
Mehr zur Zivilklausel unter: http://tinyurl.com/acad8qc

»Aneinander vorbei…« - Friedensbewegte Migranten in Deutschland

von Murat Cakir, Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Kassel

Eine alltägliche Szene in einer deutschen Stadt: Auf dem Platz vor dem Kaufhaus eine bunte Menschenansammlung. Unterschiedliche Gruppen der Friedensbewegung bereiten sich auf die bald beginnende Demonstration vor. Während zahlreiche Transparente ausgerollt werden, halten manche friedensbewegte Mitglieder politischer Parteien die Fahnen ihrer Parteien hoch. Leute unterhalten sich, einige machen Musik. Auf einmal ist die Polizei in voller Montur da. Mehrere Beamte gehen direkt auf eine Gruppe zu, die Transparente in kurdischer und deutscher Sprache ausgerollt haben und einige Öcalan-Fahnen schwenken. Der leitende Beamte droht: »Entweder kommen die Fahnen weg oder wir werden eingreifen!« Inzwischen ist die ganze Gruppe umzingelt und von den übrigen Demonstranten abgeschottet. Viele Leute schauen verstört zu. Hilfesuchend hält einer der KurdInnen Ausschau nach einem der OrganisatorInnen. Irgendwie ist keiner in der Nähe. »Das ist doch eine Friedensdemo, was soll das mit dem Öcalan?« sagt eine Lehrerin ihrer Freundin. Ihre Freundin nickt.

Foto: Dominik Bund

Die kurdische Gruppe versucht mit dem leitenden Polizeibeamten zu verhandeln, doch sie haben keine Chance. Die Fahnen und Transparente werden wieder eingerollt. Auf der einen kann man lesen: »Frieden für Kurdistan«. Die Gruppe verlässt den Platz. Zwei kurdische Studentinnen bleiben noch da und als der Demonstrationszug sich bewegt, reihen sie sich ein. Von hinten hören sie eine Frau rufen: »Hört mal! Das ist eine Antikriegsdemonstration und keine für die PKK«.

Was sich als eine fiktive Geschichte anhört, ist keine und könnte womöglich in den letzten Jahren auf allen möglichen Friedensdemonstrationen in Deutschland immer wieder beobachtet werden. Ein kurdischer Aktivist sagt: »Ich lebe nun seit mehr als 30 Jahren in Deutschland und bin genauso lange in der hiesigen Friedensinitiative aktiv. Meine Frau, meine Freunde und ich sind immer dabei, wenn gegen den Krieg und für Frieden demonstriert wird. Aber jedes Mal stelle ich fest, dass die deutschen Kollegen sich kaum über die Entwicklung in Kurdistan oder in der Türkei interessieren. Da wird mit deutschen Waffen ein Krieg geführt, aber keiner interessiert sich dafür. Wieso, ist das kein Krieg? Werden wir nur dann demonstrieren, wenn eben deutsche Soldaten dabei sind? Ich verstehe es nicht.«

Kurdistan: Weiter weg als Mali oder Afghanistan?

Nun wird man entgegen, dass die Friedensbewegung sich immer wieder mit der Entwicklung des kurdisch-türkischen Konflikts befasst habe und auch im Internet zahlreiche Artikel dazu zu finden sind. Sicher, wenn nicht die deutsche Friedensbewegung, wer dann? Die Frage des kurdischen Aktivisten ist aber dennoch berechtigt, weil – selbstkritisch betrachtet – vielmals Afghanistan oder Mali »viel näher« erscheint als Kurdistan.

Aus der Friedensbewegung ist wiederum zu hören, dass türkeistämmige und/oder kurdische AktivistInnen kaum Interesse für die Aktivitäten der Friedensbewegung zeigen und nur sporadisch an Demonstrationen teilnehmen. »Im Grunde sind sie nur dann da, wenn es um die Freiheit von Öcalan geht oder eine Unterschriftenaktion stattfindet« hört man. Auch das ist richtig.

Wie aber nun mit dem Problem umgehen? Ein Patentrezept kann niemand vorweisen, aber »Aufklärung« wäre sicher ein Schlüsselbegriff. Aufklärung darüber, was wirklich in der Türkei und in Kurdistan vorgeht, wer die Akteure sind, wie ein schmutziger Krieg auch von Europa, insbesondere von der Bundesregierung unterstützt wird oder was das alles mit der NATO zu tun hat. Viele deutsche Friedensbewegte haben keine Kenntnisse darüber, dass KurdInnen aufgrund des »PKK-Verbots« nur dann demonstrieren dürfen, wenn es um die persönliche Situation von Abdullah Öcalan geht und ansonsten sie nach dem § 129b StGB wegen der »Verwendung von verbotenen Zeichen« oder »Unterstützung einer ausländischen terroristischen Organisation« strafrechtlich belangt werden könnten. Dafür reicht mancherorts aus, rot-grün-gelbe (kurdische Nationalfarben) Schals zu tragen – auch bei Friedensdemonstrationen.

Umgekehrt ist Aufklärung über die Friedensbewegung für die türkeistämmigen und kurdischen AktivistInnen notwendig. Kenntnisse über die Zusammensetzung der Friedensbewegung, deren Möglichkeiten und über deren politische Vielfalt. Und darüber, dass die Friedensbewegung nicht nur eine wichtige, sondern zugleich natürlichste Bündnispartnerin für die türkeistämmigen und kurdischen Friedensbewegten ist.

Türkische Kurdenpolitik: ein deutsches Problem

Vor allen Dingen ist die Friedensbewegung in Deutschland diejenige Kraft, die einen Einfluss auf die deutsche Türkei-Politik ausüben könnte. Immerhin ist die deutsche Türkei-Politik, welche sich seit den Tagen des Kolonialstrategen Paul Rohrbach (1911) kaum geändert hat, die wichtigste Stütze für die Kurdenpolitik der türkischen Entscheidungsträger. Für die Türkei ist Deutschland nicht nur der wichtigste Wirtschaftspartner, sondern der größte Rüstungslieferant der türkischen Armee.

Auf der anderen Seite wären die türkeistämmigen und kurdischen Friedensbewegte mit ihren Mobilisierungskräften eine große Stütze für die friedenspolitischen Aktionen und europaweiten Kampagnen, da sie nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Länder organisiert sind. Um einen Missverständnis vorzubeugen: Es geht nicht darum, sie als Mobilisierungsmasse zu bezeichnen. Um ihre Demonstrationen zu organisieren bedürfen z.B. die kurdischen Organisationen keiner größeren Anstrengung – ein großer Teil der kurdischen MigrantInnen ist hoch politisiert. Es fehlen seitens der deutschen Friedensbewegung Signale, die deutlich machen, dass sie sich der Sache der kurdischen MigrantInnen annimmt. Jede weitere Eskalation in den kurdischen Gebieten, jede weitere Repression und jeder weitere Tote bestimmt das Leben der KurdInnen in der Migration. Im Grunde genommen, wenn man die deutsche Türkei-Politik, die regierungsamtliche Sonderbehandlung der KurdInnen in Deutschland, aber auch die rüstungspolitischen und geostrategischen Interessen der deutschen Wirtschaft im Nahen und Mittleren Osten betrachtet, wäre es im ureigenen Interesse der deutschen Friedenspolitik, wenn sie ihr Augenmerk, »weit hinten in (die) Türkei... wo sich die Völker die Köpfe einschlagen« (Goethe) richten würde.

Die moderne Arbeitsmigration, aber auch die Situation der Flüchtlinge in Europa haben einen besonderen Charakteristikum: Aufgrund der »verkürzten« Verkehrswege in die Herkunftsländer, der Satellitenfernseher und elektronischen Medien führen MigrantInnen und Flüchtlinge quasi ein Doppelleben – auf der Straße, in der Schule, im Betrieb sind sie in Deutschland, aber in der Wohnung, im Viertel oder in den Vereinslokalen erleben sie die »Heimat« mit all ihren aktuellen Entwicklungen. Sicher haben die restriktive Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie das subjektive Gefühl der »Nichtdazugehörigkeit« einen entschiedenen Anteil an der Selbstisolation der migrantischen Gruppen. Und sicher ist es auch ein Ergebnis der organisierten Zivilgesellschaft, dass sich MigrantInnen in zahlreichen Vereinen, Verbänden, Interessensgruppen und Initiativen zusammenschließen. Daraus erwächst jedoch zugleich ein Konfliktpotential, welches auch die Mehrheitsgesellschaften in Europa betrifft: Jede Eskalation im kurdisch-türkischen Konflikt, jedes nationalistisch-rassistische Pogrom in der Türkei führt zu Auseinandersetzungen auch in den deutschen Städten. Der Krieg in Kurdistan, der kurdisch-türkische Konflikt im Allgemeinen, hat das Potential, die Straßen von europäischen Metropolen in einen Flächenbrand zu verwandeln. Organisierte Angriffe türkischer Nationalisten auf türkeistämmige und kurdische FriedensaktivistInnen, die von der Bundesregierung hingenommene und teilweise unterstützten Aktivitäten des türkischen Staats auf deutschem Boden haben dies in der jüngsten Vergangenheit mehrfach unter Beweis gestellt.

Foto: Dominik Bund

Für die deutsche Friedensbewegung stehen hier mehrere Zusammenhänge. Zum einen die Rüstungsexporte in die Türkei und die deutsche Türkei-Politik. Die »Wahrnehmung« der geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals machen einen »schmutzigen Krieg«, Repressionen und Unterdrückung in einem anderen Land möglich. Mehr noch: die Stationierung von Patriot-Raketen und Bundeswehrsoldaten in der Türkei zeigt, wie Deutschland in einen Regionalkrieg hineingezogen werden kann.

Zum anderen steht die Demokratiefrage im Raum. Mit Verboten, Geboten und Stigmatisierungen werden türkeistämmige, aber vor allem kurdische FriedensaktivistInnen kriminalisiert. Diese Kriminalisierung wiederum begründet den Abbau von demokratischen Rechten, die zuerst gegen MigrantInnen gerichtet ist, aber, wie oft in der Vergangenheit beobachtet, sehr schnell auf die Gesamtbevölkerung ausgeweitet werden.

Kurzum, es ist von Nöten, dass türkeistämmige und kurdische FriedensaktivistInnen und die deutsche Friedensbewegung aufhören, aneinander vorbei zu reden. Um das Kind mit dem Namen zu nennen: der kurdisch-türkische Konflikt ist zugleich ein deutsches Problem und muss damit ein Gegenstand der deutschen Friedensbewegung sein. Das bedeutet aber auch, dass türkeistämmige und kurdische FriedensaktivistInnen ein Bestandteil der deutschen Friedensbewegung sein müssen. Es ist unerheblich, welche Herkunft man hat. Gemeinsam für den Frieden zu streiten, das ist das Gebot der Stunde!

FRIEDENSBLÄTTER

Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal
Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

www.friedensnetz.de / buero@friedensnetz.de

Rüstungsatlas erschienen

Der Rüstungsatlas Baden-Württemberg, den die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. gemeinsam mit der DFG-VK Baden-Württemberg aufgelegt hat, ist für viele FriedensaktivistInnen in kurzer Zeit zum wichtigen Handwerkszeug geworden. Auf 72 Seiten wird kompakt über die Rüstungsindustrie und das Militär in diesem Bundesland informiert.

In den zahlreichen Tabellen, Schaubildern, Karten und Texten zu Bundeswehrstandorten und Militäranlagen, zu den vielen Rüstungsbetrieben im Lande, zu Einrichtungen der Rüstungsforschung u. ä. wird der flächendeckende militärisch-industrielle Komplex in Baden-Württemberg sichtbar. Der Atlas gibt Auskunft und Argumente für die tägliche Informations- und Aufklärungsarbeit der Friedensbewegung und eignet sich sowohl als Infomaterial für Infotische, wie auch als Grundlage für eigenes lokales Informationsmaterial. zu mobilisieren. ein ausführliches Städte- und Firmenverzeichnis kann dabei helfen, lokal Protest gegen Militarisierung und Krieg zu mobilisieren

Der Rüstungsatlas kostet 3.50 €/Ex. (3€ ab 10 Ex.) zzgl. Porto

Bestellungen an ruestungsatlas@imi-online.de oder: IMI, Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen

Mahnwache gegen den Krieg in Mali am 26. Januar in Müllheim

Zielscheibe Mensch

Nicht weit von Oberndorf, dem Sitz der Rüstungsschmiede Heckler & Koch, nämlich in Villingen-Schwenningen, findet vom **30. Mai bis 2. Juni 2013 der erste internationale Kongress zum Thema Kleinwaffen** statt. Organisiert von der IPPNW in Zusammenarbeit mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ werden sich Experten und Interessierte vieler Organisationen über die Auswirkungen dieser Waffen austauschen. Internationale Gäste z. B. aus Kenia, Iran, Nepal, und den USA werden ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops geht es um die sozialen und medizinischen Folgen des Einsatzes und Handels mit Kleinwaffen, um zukünftige Aktionen und Kampagnen zum Stopp der Rüstungsexporte. Die Höhe der Tagungsbeiträge (120, ermäßigt 80 €) ist leider für kleine Friedensinitiativen abschreckend.

Infos und Anmeldung unter ***www. zielscheibe-mensch.org oder bei*** *IPPNW Geschäftsstelle, Körtestraße 10, 10967 Berlin*

Ostermärsche in Baden-Württemberg:

Samstag, 30. 3. 2013:

Stuttgart. 13 Uhr Lautenschlagerstr. (gegenüber Hbf), 14.30 Uhr Schlossplatz: **Zukunft braucht Frieden! Schluss mit der Kriegspolitik!** www.friedensnetz.de

Ellwangen, 10 Uhr: Ellwanger Ostermarsch 2013

Montag, 1. 4.:

Konstanz 10 Uhr KN-Fürstenberg: Beginn **Friedensweg am Bodensee**; 15 Uhr Kreuzlingen, Bahnhofstr 15 Abschluss des Friedensweges www.sosos.org

Müllheim, 14 Uhr R.-Schumann-Kaserne. **Frieden ist das Mindeste!** 15 Uhr Abschluss Marktplatz www.friedensrat.org